



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Aus dem Inhalt

**Enteignungsinitiative
der JUSO**

**Eigenverantwortung statt
EU-Bürokratie**

Volksschule am Anschlag

**Martina Bircher – die starke
Frau für unseren Aargau!**

**Ausverkauf der
Schweizer Neutralität**

**Fairer Wettbewerb – für eine
liberale Schweiz**

**Bürgerliche Lebensqualität
statt linker Dichtestress!**

**Wir stehen am Abgrund,
schreiten wir vorwärts!**

**Einladung zur Mitglieder-
versammlung**

**Öffentliche Veranstaltung
Schweiz – EU**

Herausgeber

PERSPECTIVE CH, Postfach, 5001 Aarau

Perspective CH – im Einsatz für eine souveräne, unabhängige Schweiz



Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Mit grosser Freude darf ich euch den neusten Newsletter von Perspective CH präsentieren! Tolle Beiträge aus dem Kreis unserer Mitglieder sind darin enthalten. Ein kleiner Auszug: Unser Vizepräsident Hans-Jörg Bertschi legt in einem ausführlichen Essay dar, warum die Eigenverantwortung der immer stärker grassierenden EU-Bürokratie vorzuziehen ist. Ständerat Thierry Burkart äusserst

sich wie immer fundiert zum Thema „Volksschule am Anschlag“. Er präsentiert sein Rezept für eine grundsätzliche Ausbildung, welche die Voraussetzung für eine, ganz in unserem Sinne, leistungsfähige Gesellschaft ist.

Philipp Gut, profilierter Journalist mit langjähriger Medienefahrung, warnt vor dem Ausverkauf der Neutralität und weist auf die damit verbundenen Gefahren hin. Adrian Schoop, Miro Barp und Christoph Hagenbuch – allesamt Vertreter unserer bürgerlichen Gesinnungsrichtung im Grosse Rat – legen exemplarisch dar, warum es eine liberale Grundhaltung braucht um die wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz zu halten. Ein ganz wichtiger und treffender Artikel stammt aus der Feder von unserem Vorstandsmitglied Daniel Heller. Daniel Heller beschreibt eindrücklich, welche verheerenden Folgen eine Annahme der Juso-Erbschaftssteuerinitiative mit sich brächte. Diese Initiative, wie von Daniel Heller geschrieben, gehört ins Pfefferland. Nationalrätin Martina Bircher, von Perspective CH zur Wahl in den Regierungsrat empfohlen, legt ihre Motive zur Wahl in den Regierungsrat dar. Bedenken Sie: Bei einer Wahl von Martina Bircher ist die Mehrheit des Regierungsrats Mitglied von Perspective CH (Jean-Pierre Gallati, Markus Dieth, Martina Bircher).

**Reservieren Sie sich den 20.11.2024 in der Agenda: An diesem Tag findet die
Generalversammlung mit anschliessendem Vortrag von Dr. Beat Kappeler
statt.**

Last but not least: Die Perspective CH kann ihren Grundauftrag, nämlich die Verteidigung von Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit nur wahrnehmen, wenn wir auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Unsere Öffentlichkeitsarbeit, unsere Veranstaltung bedingen Ressourcen. Danke an dieser Stelle für die Überweisung des Mitgliederbeitrags und einer grosszügigen Spende.

Reto Caprez

Präsident PERSPECTIVE CH

Enteignungsinitiative der JUSO: «Hunting the Rich» war noch nie ein Erfolgsrezept



Dr. Daniel Heller, Erlinsbach
Partner bei Farner Consulting AG,
Präsident der Spezialklinik Barmel-
weid, Verwaltungsratspräsident der
Kantonsspital Baden AG, verschiedene
Verwaltungsratspositionen im Finanz-
bereich und Startup Bereich

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine Steuer von 50 Prozent auf Nachlässen und Schenkungen, wenn diese 50 Millionen Franken übersteigen. Die Initianten versprechen Milliardeneinnahmen, die für den ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft eingesetzt werden sollen. Eine konkrete Mittelverwendung enthält die Initiative nicht, dafür wird die Nachlasssteuer umso klarer geregelt. Verlangt wird eine «lückenlose Besteuerung» ohne Ausnahmen für Familienunternehmen oder gemeinnützige Organisationen. Der Bundesrat will die radikale Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung bringen. Die Botschaft wird für Anfang 2025 erwartet, die Volkabstimmung wohl gegen Ende 2025/Anfang 2026.

Schwer belastet werden insbesondere die grossen, traditionellen Schweizer Familienunternehmen, von denen viele einen Unternehmenswert von 50 Millionen Franken übertreffen. Das Modell des über mehrere Generationen familiengeführten Unternehmens wird faktisch zerstört, weil dort das Vermögen aus gebundenem Betriebskapital besteht.

Es droht die Zerschlagung von Familienunternehmen

Im Fall einer Übergabe an die Nachkommen resultiert eine dermassen hohe Steuerbelastung, dass substanzielle Firmenanteile an Dritte verkauft werden müssen. Mangels Schweizer Investoren werden viele einheimische Unternehmen in ausländischen Besitz übergehen – viele davon wohl an ausländische Investoren. Diesen Finanzinvestoren fehlt im Gegensatz zu Familienunternehmen die langfristige Perspektive. Scheitert der Verkauf oder die Kapitalbeschaffung, bleibt nur die (Teil-) Liquidierung der Betriebe unter Inkaufnahme von Arbeitsplatz-Verlusten.

Damit zerstört die JUSO-Initiative mutwillig einen traditionell wichtigen Erfolgsfaktor der schweizerischen Volkswirtschaft: Mit Annahme der Initiative hat das Modell des inhabergeführten Unternehmens in der Schweiz keine Zukunft mehr.

Reiche gehen, der Mittelstand bezahlt die Steuerausfälle

Betroffen von der Initiative sind auch viele Zugezogene, die heute hohe Steuerzahlungen an Bund und Kantone leisten. Bei einer konfiskatorischen Steuerbelastung von 50 Prozent sind Fluchtbewegungen im grossen Stil die Folge. Der Fall Norwegen ist ein Anschauungsbeispiel, wie überhöhte Steuern einer linken Regierung zur Abwanderung von Unternehmerinnen und Unternehmern führen. Werden die besten Steuerzahler vertrieben, so resultieren nicht etwa Milliardeneinnahmen

zur Bekämpfung des Klimawandels, sondern im Gegenteil empfindliche Steuer einbussen. Diese gehen zulasten von Staat und Gesellschaft. Das eine Prozent der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen bezahlt heute mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer. Das führt jährlich zu Staatseinnahmen von über 5 Milliarden Franken. Bei den kantonalen Vermögenssteuern (rund 9 Milliarden Franken) trägt ein Prozent der Pflichtigen je nach Kanton zwischen 30 bis 83 Prozent der Steuereinnahmen.

Kantone und Gemeinden, gerade auch in den Berg- und Tourismusgebieten, werden empfindliche finanzielle Einbussen verzeichnen, strukturschwächere Regionen müssen sich auf einen Rückgang der Finanzausgleichszahlungen einstellen. Der ganze Rest der einfachen Steuerzahlenden zahlt dafür die Zeche.

Ein Rechtsstaat kann Vermögende nicht einsperren

Die vorliegende Initiative kann den Wegzug betroffener Kreise kaum verhindern. Die Initiative fordert zwar Massnahmen gegen die Steuervermeidung via Wegzug. Grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien stehen solchen Massnahmen allerdings entgegen. **Die Niederlassungsfreiheit würde faktisch ausser Kraft gesetzt, wenn beim Wegzug die Hälfte des Vermögens vom Staat beschlagnahmt würde. Das widerspricht dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit.** Zudem gelten die acht Erbschaftssteuerabkommen der Schweiz (Österreich, Deutschland, Dänemark, Finnland, Niederlande, Schweden, UK, USA). **Nachlässe von Personen, die ihren Wohnsitz in diese Staaten verlegen, können von der Schweiz wohl nicht besteuert werden.**

Sozialistische Staatswirtschaft ersetzt effizienten Klimaschutz

Die Initianten wollen einen «Umbau der Gesamtwirtschaft» zugunsten einer «ökologischen Gesellschaft». **Die grossen Schweizer Familienunternehmen sollen also zur Finanzierung des sozialen und ökologischen Umbaus nach JUSO-Vorstellungen geopfert und quasi staatlich weitgehend enteignet werden.** Diese Initiative ist extrem und steht damit exemplarisch für die JUSO. Über den Weg der Enteignung verfolgt sie einen radikalen Systemwechsel in Wirtschaft und Gesellschaft. Tatsächlich schreitet die Schweiz beim Klimaschutz längst voran. Mit dem Klima- und Innovationsgesetz hat die Stimmbevölkerung dem Netto-Null-Ziel zugestimmt. Das neue Stromversorgungsgesetz wird den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. In der Wirtschaft wird die Dekarbonisierung zudem längst aktiv vorangetrieben. 70 Prozent der SMI-Unternehmen haben sich konkrete Klimaziele gesetzt oder entsprechende Comitments abgegeben, um ihren Ausstoss von Treibhausgasen in der ganzen Wertschöpfungskette bis spätestens 2050 auf Netto-Null zu senken. Auch viele KMU und Familienunternehmen leisten mit innovativen Konzepten und Investitionen ihren Beitrag. Die Initiative beinhaltet hingegen keine Lenkungseffekte; sie schafft keine Anreize für ein klimafreundlicher Verhalten, weil die Steuer so oder so geschuldet ist.

“ Das Modell des über mehrere Generationen familiengeführten Unternehmens wird faktisch zerstört!

Fazit: Die radikale Volksinitiative der JUSO ist eines Rechtsstaates unwürdig und gehört auf den Misthaufen der Geschichte.



Dr. Hans-Jörg Bertschi ist Verwaltungsratspräsident der Bertschi Gruppe, Co-Präsident der Bewegung autonomiesuisse (www.autonomiesuisse.ch/de/mitmachen) und Referent des KUMMLI Netzwerks.

Eigenverantwortung statt EU-Bürokratie

Warum das EU-Verhandlungsmandat aus unternehmerischer Sicht kontraproduktiv ist.

Der Motorsägen-Marktführer Stihl sorgt für Schlagzeilen: Er will ein Werk nicht in Deutschland, sondern in der Schweiz bauen. Tatsächlich verfügt die Schweiz laut Global Innovation Index über die weltweit höchste Innovationskraft.

Woher kommen solche Standortvorteile? Sie beruhen vor allem auf der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Neutralität. Diese Faktoren verhindern bürokratische Auswüchse, wie sie in der EU grassieren.

Umso befremdender wirkt es, dass der Bundesrat sein 2021 versenktes EU-Rahmenabkommen aus der Schublade geholt und ihm einen frischen Anstrich gegeben hat. Jetzt will er mehrere Abkommen in einem «Paket» bündeln. Die Schweiz müsste automatisch EU-Recht übernehmen und das letzte Wort in Streitfällen hätte der Europäische Gerichtshof (EuGH). Obendrein soll die Schweiz jährlich einen Obolus von 1,5 Milliarden Franken an die EU entrichten.

Was erkaufte sie sich? Einen «massgeschneiderten Zugang zum EU-Binnenmarkt», sagt der Bundesrat. Aus unternehmerischer Sicht ist dieser Preis zu hoch. Erst recht, wenn man

bedenkt, dass Schweizer Unternehmen seit dem Freihandelsabkommen von 1972 einen privilegierten Zugang zu den EU-Märkten geniessen. Ohnehin hängt der Erfolg am Markt mehr von innovativen Produkten als von Verträgen ab.

Mittelständische Firmen und Familienunternehmen wollen den Werkplatz Schweiz langfristig stärken. Möglich ist das nur, solange sich die Schweiz ihre Rahmenbedingungen selbst geben kann. Darum hat sich autonomiesuisse als breit abgestützte Bewegung für eine weltoffene, erfolgreiche und freie Schweiz formiert.

Economiesuisse beklagt sich zwar über die Vorschriftenflut aus der EU – weibelt aber zugleich fürs EU-Rahmenabkommen. Wieso diese Ambivalenz? Sie ist nur damit erklärbar, dass der Verband von börsenkotierten Grosskonzernen dominiert wird. Deren Manager sind oft ausländische Expats mit eher kurzfristigem Engagement.

“ Der Erfolg am Markt hängt mehr von innovativen Produkten als von Verträgen ab.





Thierry Burkart, Ständerat AG
und Präsident FDP.Die Liberalen
Schweiz

Volksschule am Anschlag

Eine solide Ausbildung ist Voraussetzung für eine auf Leistung aufgebaute liberale Gesellschaft. Sie schafft Chancengerechtigkeit, ist Ausgangspunkt für den weiteren Bildungsweg und bildet das Fundament für innovative und erfolgreiche Unternehmen. Seit längerem klagen die weiterführenden Ausbildungsstätten über mangelnde Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler nach Austritt aus der obligatorischen Schule. Wenn rund 25 Prozent aller Volksschulabgängerinnen und -abgänger einen einfachen Text zwar lesen, ihn aber nicht mehr verstehen, dann hat die Schweiz ein grosses Problem. Auch bei der Mathematik verlieren wir im Vergleich zu anderen Ländern an Kompetenz. Diese Defizite aufzuarbeiten, führt zu grossem Aufwand. Ohne funktionierende Volksschule bringen wir auch das duale Bildungssystem und die Exzellenz an den Hochschulen in Gefahr. Gefragt ist eine konsequente Ausrichtung der Volksschule auf die Vermittlung von Grundkompetenzen.

An der Volksschule wird viel gute Arbeit geleistet. Aber es gibt handfeste Schwachpunkte und Fehlentwicklungen, für die es dringend Lösungen braucht. Der Weg muss zurückführen zu einer Schule, die sich wieder auf ihr «Kerngeschäft» konzentrieren kann: das Vermitteln von Wissen. Nur wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten fundiert und praxisnah auszubilden, sind wir in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen.

Solide Ausbildung als Voraussetzung politischer Teilhabe

Blicken wir auf unsere Geschichte zurück, so ist dies unseren Vorfahren gut gelungen. Freisinnige Kräfte haben dabei eine Vorreiterrolle gespielt: Bereits in den 1830er-Jahren führten die Liberalen in jenen Kantonen, in denen sie politisch führten, die unentgeltliche Volksschule für Mädchen und Knaben ein. Das liberale Erfolgsmodell setzt voraus, dass jeder und jede die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hat. Das wiederum ist nur mit einer soliden Ausbildung möglich. Das Verständnis eines liberalen Gesellschaftsmodells setzt eine breite Bildung und Kenntnis unter anderem über die Aufklärung voraus.

Erlernen von Grundkompetenzen als oberstes Gebot

Das Erfolgsmodell Volksschule ist seit jüngster Zeit gefährdet. Ein grosser Teil der Schülerinnen und Schüler – gemäss Studien rund ein Viertel – kann inzwischen weder in der

eigenen Landessprache korrekt schreiben noch einen Alltagstext verstehen. Trotz des täglichen und unermüdlichen Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer, sowie weiterer Fachpersonen, gerät die Volksschule zunehmend an den Anschlag. Es ist an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Volksschule soll nicht jeden gesellschaftlichen Trend aufnehmen, sondern wieder vermehrt das Erlernen der Grundkompetenzen ins Zentrum stellen. Darüber hinaus braucht es

- eine konsequente Vermittlung der Grundkompetenzen
- einen Marschhalt bei der integrativen Schule
- das Bekenntnis zu Leistungsprinzipien und Schulnoten
- das Beherrschen der Unterrichtssprache in der Regelklasse
- Respekt, Ruhe und Struktur im Schulzimmer
- den Fokus aufs Kerngeschäft «Lehren und Lernen»
- eine Abkehr von Ideologie und Wokeismus im Schulzimmer
- Entlastung der Lehrpersonen durch Abbau von Bildungsbürokratie

Damit stellen wir die Weichen für eine gute Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen wie auch für den Erhalt des Erfolgsmodells Schweiz.

Duales Bildungssystem sichert Innovation

Ohne Verbesserungen an der Volksschule wird unseres duales Bildungssystem keine Zukunft haben. Dieses bildet aber die Basis für eine innovative Wirtschaft. In der Schweiz sorgen die Lehrbetriebe und Berufsverbände für die Berufsbildung. Gleichzeitig findet an unseren Universitäten die exzellente (Grundlagen-)Forschung statt. Das Zusammengehen von Wissen und Expertise sowie deren Anwendung im Betrieb führen zur weltweit anerkannten Innovationsfähigkeit der Schweiz. Unser Erfolgsmodell und der daraus gewonnene Wohlstand haben wir zu einem wesentlichen Teil unserem arbeitsmarktnahen Bildungssystem zu verdanken. Wir tun also gut daran, dem Ausgangspunkt der Innovationsfähigkeit – der Volksschule – Sorge zu tragen und sie wieder zu dem zu machen, was sie sein muss: Der Ort, an dem Kinder aufs wirkliche Leben vorbereitet werden. Der Ort, an dem die Lust fürs lebenslange Lernen geweckt wird.



Martina Bircher, Aarburg
Nationalrätin SVP
Vize-Stadtpäsidentin
Unternehmerin

Taten statt Worte – die starke Frau für unseren Aargau!

2013, ein halbes Jahr nach meinem Zuzug, motivierte mich der Ortsparteipräsident für den Gemeinderat zu kandidieren. Aarburg ist ein hartes Pflaster, durch die vielen SBB-Bähnler eine SP-Hochburg. Trotzdem schaffte ich den Sprung in die Exekutive auf Anhieb. Als Ressort hätte ich gerne die Finanzen gehabt, denn ich bin ein Zahlenmensch. Ich absolvierte das KV und machte danach die Ausbildung zur Betriebsökonomin an der Fachhochschule. Als Neuling musste ich nehmen, was übrigblieb und das war das «undankbare» Ressort Soziales, Asyl und Gesundheit. Damals war es die grösste Baustelle. Die Sozialkosten gingen durch die Decke, wir hatten 200 Eritreer, bis 90% waren in der Sozialhilfe. Und dann kam noch die damalige RR Hochueli und eröffnete ein drittes Asylzentrum.

Ich hatte weder eine Ahnung von Sozialhilfe noch von Asyl- und Ausländerrecht. Viele trauten mir das Amt damals nicht zu. Das motivierte mich nur noch mehr: ich zeige es meinen Kritikern – und zwar mit Leistung. Ich las mich in die Materie ein, studierte die Gesetze. Ich bin keine Schreibtischtäterin und suchte Kontakte mit anderen Sozialvorstehern. Wollte von den Besten lernen. Ich fuhr in der ganzen Schweiz herum, um die Materie zu verstehen.

Egal bei welchem Thema, meiner Arbeitsweise bleibe ich treu. Ich analysiere die Situation, benenne die Probleme und leite Massnahmen ab. Dabei orientiere ich mich an der Realität, an den Fakten und Tatsachen. Oder wie ich sage: Ich bin Praktikerin – Theoretiker hat es genug!

Im Gemeinderat war ich immer alleinige SVP-Vertreterin, konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Parteien ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Mit meinen Dossierkenntnisse schaffte ich Vertrauen und konnte politische Vorhaben durch Gemeinderat und Gemeindeversammlung bringen. Aarburg trat aus der SKOS aus und kündigte den Caritas-Vertrag. Ich übernahm Führungsverantwortung und konnte die Sozialhilfekosten von 5.5 auf unter 3 Millionen reduzieren. Ein weiterer grosser Meilenstein war, bei der regionalen Fusion der Spitex nicht mitzumachen – als einzige Gemeinde! Man muss auch mal gegen den Strom schwimmen – wenn es der Sache dient! Anfangs bekam ich heftigen Gegenwind. Doch die Zeit gab mir recht. Die Kosten sind gesunken und die Qualität gestiegen. Wenn ich sehe, dass der Weg richtig aber steinig ist, lass ich mich nicht davon abhalten. Und ich glaube, die Bevölkerung merkt das und schätzt es, wenn Politiker fundiert und geradlinig unterwegs sind.

Den Wählerauftrag nehme ich ernst und werde daher von den Medien gerne als Asylspezialistin bezeichnet. Mein Wählerauftrag umfasst jedoch mehr, so gehört auch die Alterspflege und die Altersheime wie auch die Kinder dazu. Die Linken hört man darüber reden – ich setze es um, sei es Mittagstisch, Tagesstruktur oder Frühförderung Deutsch.

Die 11 Jahre Exekutive waren herausfordernd, es gab immer wieder Rückschläge. Heute darf ich mit Stolz sagen, dass das Soziale vom Sorgen- zum Vorzeigeressort wurde. Der Gemeinderat ist die beste Lebensschule.

Am 20. Oktober 2024 kandidiere ich für den Aargauer Regierungsrat. Ich bin gewillt, hart zu arbeiten, denn ich kenne nichts anderes. In der Schule in Niederwil, konnte ich mit Fleiss und Beharrlichkeit von der Real in die Sek und später in die Bezirksschule aufsteigen. In der Politik habe ich die klassische Ochsentour gemacht Gemeinderat – Grossrat – Nationalrat. Würde mir bei einer Wahl das Departement Bildung Kultur und Sport zugeteilt, wäre mir das Bildungsthema nicht fremd. Denn als Sozialvorsteherin bin ich für das Thema Integration, frühe Kindheit, Schulsozialarbeit, Jugend und Sonderschulen verantwortlich. Die Schule ist das Spiegelbild unserer Gesellschaft.

Die integrative Schule ist auf dem Prüfstand. Heute hat es unzählige Heilpädagogen und Assistenzen in einer einzigen Klasse. Wir müssen zurück zu den Einschulungs- und Kleinklassen.

Die Bildung ist bei Gemeinden der grösste Ausgabenposten. Umso wichtiger ist es, dass die Schulen gut geführt sind. Dafür braucht es Schulleiter, welche personell und betriebswirtschaftlich führen können. In der Ausbildung wird dieses Wissen kaum vermittelt. Die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule muss weg von der Theorie hin zur Praxis – dann gäbe es auch weniger Lehrermangel.

Sehr viele Eltern sind besorgt, was an unseren Schulen abgeht. Und die Angst macht von der Parteigrenze keinen Halt. Daher braucht es Taten statt Worte – die starke Frau für unseren Aargau!

“ Man muss auch mal gegen den Strom schwimmen – wenn es der Sache dient!

In den **Regierungsrat**



martina-bircher.ch



Martina Bircher

Ausverkauf der Schweizer Neutralität

Die Neutralität gehört zu den tragenden Staatssäulen der Schweiz.

Doch von innen und aussen wird an ihr gepickelt und gesägt. Auf dem Spiel stehen Frieden, Stabilität und Wohlstand – bei uns und auch in der Welt.



Dr. Philipp Gut ist Journalist, Buchautor, Historiker und Inhaber der Agentur Gut Communications GmbH.

Wer hat noch nicht, wer will nochmal? Nach diesem Motto scheinen die Kritiker und Relativierer der schweizerischen Neutralität zu handeln, so zahlreich sind ihre Voten und Vorstösse in jüngster Zeit. Im Zuge des Ukrainekriegs erleben wir geradezu eine Erosion der neutralen Position der Schweiz, die schon zu Beginn des Kriegs schwindelhaft schnell vonstatten ging. Nicht nur die politische Linke, auch die Präsidenten der bürgerlichen Parteien FDP und Mitte, Thierry Burkart und Gerhard Pfister, sprachen sich öffentlich und offen für eine Parteinahme zugunsten der Ukraine aus, bis zur Forderung indirekten Waffen- und Munitionslieferungen an Kiew.

Der Bundesrat übernahm die Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland eins zu eins, sodass im Ausland der Eindruck entstand, die Schweiz habe sich vom Leitkonzept der Neutralität verabschiedet. Die offizielle Schweiz dementierte zwar, aber da Sein immer auch Wahrgenommen-Sein ist, war der Schaden angerichtet. Seither hat der Bundesrat auch keineswegs den Tatbeweis erbracht, dass es anders wäre.

Ganz im Gegenteil. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird von Schweizer Politikern wie ein Star umworben und durfte sich in einer Videobotschaft, die direkt ins Bundeshaus übertragen wurde, an das Parlament wenden – ein Vorgang mit historischem Seltenheitswert. An der Friedenskonferenz auf dem Bürgerstock, welche die Schweiz ausrichtet, fehlt eine der beiden Kriegsparteien: Russland. Moskau hat die Versuchsanlage schon im Vorfeld kritisiert und mehrfach betont, dass es die Schweiz ebenfalls nicht mehr als neutral betrachte, sondern der Allianz der feindlich gesinnten Länder zuordne.

Anschluss an EU und Nato

Da passt es ins Bild, dass die Schweizer Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte) eine Annäherung an die Nato anstrebt, wobei sie Unterstützung von verschiedener Seite erfährt. Eine Persönlichkeit wie alt Bundesrat Kaspar Villiger (FDP), beileibe kein linker Armeeabschaffer, sagt: «Ein Staat wie die Schweiz kann sich heute nicht mehr autonom verteidigen.» Sie müsse sich an ein Bündnis anschliessen – und das könne nur die Nato sein.

Man könnte noch viele weitere Aussagen in diesem Stil zitieren, von Politikern, Historikern, Meinungsmachern in den Medien. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie mit beiden Händen an der immerwährenden integralen und bewaffneten Neutralität rütteln, die nicht nur das Selbstverständnis der Schweiz über Jahr-

hunderte hinweg prägte, sondern für die die Eidgenossenschaft auch im Ausland bekannt und respektiert war.

Woher kommen diese sich offensichtlich en vogue befindlichen Angriffe auf die Schweizer Neutralität? Und trifft es zu, was ihre Kritiker mehr oder weniger unisono sagen, dass nämlich die Neutralität nicht mehr zeitgemäss, wenn nicht gar falsch oder unmoralisch sei?

Moral, genauer: Moralismus, ist ein Stichwort, das mir zur Erklärung dieses Phänomens zentral erscheint. Natürlich ist die Motivlage derjenigen, die an der Neutralität sägen, verschieden. Manchen wie dem linken Historiker Jakob Tanner ist sie ein Dorn im Auge, weil sie die Sonderstellung, den Sonderfall Schweiz festigt und so ein Hindernis darstellt für das von ihnen angestrebte Ziel, das Land zu internationalisieren und in supranationalen Gebilden auf- und untergehen zu lassen. «Lassen wir die Neutralität doch mal sein. Treten wir der Uno und der EU bei, und schauen wir dann, was von ihr übrigbleibt», sagte Tanner, Mitglied der Bergier-Kommission, 1999 – in seiner Art entwaffnend ehrlich. Auch heute noch bezeichnet der inzwischen Emeritierte die Neutralität als «Anachronismus».

““ Das Blockdenken – hier die westliche Einheitsfront der Guten, dort die bösen Barbarenhorden aus dem Osten, verkennt den Kern der Neutralitätsidee: Sie zieht ihren Wert ja gerade daraus, dass sie über den Fronten steht.

Die Neutralität «höheren Gesichtspunkten» opfern?

Selbstverständlich gibt es noch immer Kräfte, die ebenso schweizmüde, heimatmüde sind, die Berner Elite sucht nach wie vor den Anschluss an Brüssel, wie etwa das Verhandlungsmandat über einen Rahmenvertrag 2.0 zeigt. Aber die flackernde Anti-Neutralitäts-Stimmung seit dem Ukrainekrieg ist doch, auch wenn sich die Motive überlagern mögen, nicht allein einer solch unverhohlenen Schweiz-Abschaffung auf Raten zu verdanken, sondern eben auch jener Gefühlsaufwallung angesichts des Schocks, dass in Europa plötzlich wieder ein brutaler heisser Krieg wütet. Reflexartig – daher auch die rasende Geschwindigkeit des Ganzen – hat man sich dann auf die Seite des Angegriffenen, der Ukraine, gestellt, im Glauben und in der Überzeugung, so für das Gute, für das Richtige einzustehen.

Die Neutralität, so betrachtet, steht dann automatisch unter Rechtfertigungszwang. Sie steht im Verdacht, gemeinsame Sache mit dem «Bösen» zu machen. Wer auf der Neutralität beharrt, erscheint in dieser Optik potenziell als hartherziger, egoistischer Gewinnmaximierer, als Kriegsgewinnler und «Putin-Versteher», als einer, der riskiert, auf der falschen Seite der Geschichte zu landen. Viele auch im Ausland, das zeigt die empörte Belehrungsrhetorik («willige Helfer des Kreml», massregelte der «Spiegel»), machen kein Hehl daraus, dass sie für eine neutrale Haltung null Verständnis haben.

Hier beginnt nun allerdings ein grundlegendes Missverständnis. Das missionarisch aufgeladene Blockdenken – hier die westliche Einheitsfront der Guten, der Zivilisierten, dort die bösen Barbarenhorden aus dem Osten, die man mit der

Eigentor

Neutralität indirekt unterstütze –, verkennt den Kern der Neutralitätsidee: Seinen Wert, seinen Nutzen, zieht es ja gerade daraus, dass es über den Fronten, über dem Getümmel steht – «au-dessus de la mêlée», wie es der französische Schriftsteller Romain Rolland im Ersten Weltkrieg formulierte. Schon Edgar Bonjour, Autor eines sechsbändigen Standardwerks zur Geschichte der Schweizer Neutralität, beschrieb, wie diese immer wieder angeblich «höheren Gesichtspunkten» geopfert wurde. Doch erst aus dem Verzicht darauf, erst aus ihrer nüchternen Äquidistanz zu allen kann die Neutralität ihre spezifische Wirksamkeit entfalten.

“ In einer Welt, in der nach wie vor die Machtpolitik dominiert, ist der Nutzen der Neutralität auch für Dritte offensichtlich.

«Geistige Landesverteidigung» und Gesinnungsneutralität

Die Verächter und Fundamentalkritiker der Neutralität verpeilen in ihrem moralistischen Furor eine unverzichtbare analytische Unterscheidung: Politisch, juristisch, völkerrechtlich neutral zu sein, heisst nicht, dass man auch gesinnungsneutral sein müsste. Jeder Bürger darf sein Urteil haben. Die Gedanken und die Worte sind frei. Im Zweiten Weltkrieg war sonnenklar und für die ganze Welt offenbar, auch für einen Adolf Hitler, der das genervt genug registrierte, wo die Sympathien der Schweizer Bevölkerung lagen. Mit der «Geistigen Landesverteidigung» wurde die Abwehr des Nationalsozialismus gar zu einer umfassenden Lebensaufgabe, zu einer Art Habitus des helvetischen Volkskörpers, um in der Sprache der Zeit zu bleiben.

Wenn es für diese mehr als eindeutige Verteilung der Sympathien und Antipathien noch eines Beweises bedurft hätte, dann war es der überwältigende Empfang, dann war es der Rosenregen, mit dem die Schweizer, die Welschen, die Berner, die Zürcher, den britischen Kriegspremier und Hitler-Widersacher Winston Churchill anlässlich seines Besuchs im September 1946 bedachten, wo er an der Universität Zürich seine berühmte Rede zum Aufbau eines neuen, friedlichen Europa hielt, in dem allerdings die Briten und die neutralen Schweizer nur als wohlwollende, aber eigenständige Beobachter dabei sein sollten.

Die Neutralität als politisch-juristische Kategorie bezieht ihre Legitimität hingegen gerade nicht aus einer solchen Perspektive der Zustimmung oder Ablehnung, nicht aus einer parteinehmenden Gesinnung heraus, sie immunisiert sich vielmehr dagegen – und dies wiederum nicht aus Gefühllosigkeit, sondern aus einer gewissen verantwortungsethischen Weitsicht, welche nicht den individuellen und kollektiven Moralinhaushalt, sondern die Folgen einer Haltung und Handlung ins Zentrum stellt. Nur, wer dem unmittelbaren moralischen oder auch bloss moralistischen Impuls nicht nachgibt, hat den Blick frei für die übergeordnete Aufgabe und Funktion der Neutralität.

Von Marignano bis zum Wiener Kongress

Hier wäre nun zunächst vom Wert der Neutralität für die Schweiz selbst zu reden, die über Jahrhunderte gewachsen ist, immer auch im Wechselspiel mit den europäischen Mächten. Dazu gehörten auch deftige Niederlagen, Blutzoll, schmerzhafte Lernprozesse – und immer auch etwas Glück und etwas Kalkül der anderen. 1515 in Marignano wurden die grossmachtsüchtigen Eidgenossen vernichtend geschlagen. Bruder Klaus, der geraten hatte, den Zaun nicht zu weit zu stecken und sich nicht in fremde Händel zu mischen, schien Recht zu bekommen. Nach dem Dreissigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden war es dem Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein und seinem diplomatischen Mut und Geschick zu verdanken, dass sich die Schweiz gegen grosse innere und äussere Widerstände die formelle Unabhängigkeit vom Deutschen Reich erkämpfte.

Auf dem Wiener Kongress und im Vertrag von Paris vom 20. November 1815 – 300 Jahre nach Marignano – anerkannten die europäischen Grossmächte die immerwährende Neutralität der Schweiz und garantieren die Unverletzlichkeit ihres Territoriums. Auch dies vergessen die Gegner der Neutralität gerne: Diese ist kein Jekami, kein Wunschkonzert, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung, der innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur eine wichtige Aufgabe zukommt. Das Gegenstück zur Garantie der Unverletzlichkeit ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstverteidigung («bewaffnete Neutralität»), denn nur so kann die Schweiz sicherstellen, dass sie kein sicherheitspolitisches Vakuum ist, das wiederum auch die anderen gefährdet.

Eingefügt in diesen internationalen Rahmen hat sich die Neutralität historisch insgesamt doch herausragend bewährt. Sie hat der Schweiz Frieden, Stabilität

und auch Wohlstand gebracht. Sie hat sie vor den Abgründen von zwei Weltkriegen bewahrt, nicht ohne innere und äussere Spannungen. Als im Ersten Weltkrieg manche Romands nach Frankreich neigten und manche Deutschschweizer zum Deutschen Kaiserreich, musste sie der Schriftsteller Carl Spitteler an «unseren Schweizer Standpunkt», an die neutrale Position jenseits und über den Fronten erinnern. Die Wahrung der Neutralität im Zweiten Weltkrieg, als die Schweiz von den Achsenmächten lebensbedrohlich umzingelt war, war ein Drahtseilakt existenziellen Ausmasses. Sie trug – bei aller Kritik, allen Fehlern, allen Unterlassungen – nicht nur dazu bei, dass die Schweiz vergleichsweise glimpflich davonkam und als unabhängiger, souveräner Staat überlebte, sondern sie ermöglichte es ihr auch, Zehntausende Menschenleben und Flüchtlinge zu retten.



Sinn und Nutzen der Neutralität

In einer Welt, die auf Konfrontationskurs ist, in einer Welt, in der nach wie vor die Machtpolitik dominiert, ist der Nutzen der Neutralität auch für Dritte offensichtlich. Als neutraler Kleinstaat, der keine eigenen grossmachtpolitischen Ambitionen hat, kann die Schweiz umso besser vermitteln, ihre Guten Dienste anbieten, Frieden anbahnen, eine Bühne für Gespräche sein, wenn sonst nur noch die Waffen sprechen. Voraussetzung dafür ist aber eben, die persönliche Einstellung, irgendwelche «höheren Gesichtspunkte» nicht mit der politisch-juristischen Neutralität des Landes zu verwechseln oder sie dieser gar überzuordnen.

Kurz und gut: Die Neutralität hilft der Schweiz – und sie hat das Potenzial, anderen zu helfen. Die historische Evidenz für Sinn und Nutzen der schweizerischen Neutralität ist derart offenkundig, dass es nachgerade unseriös wirkt, wie rasch sie ihre voreiligen und eifernden Gegner nun plötzlich auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen. Politische Gegenmittel wie die Neutralitätsinitiative, welche die Neutralität in der Bundesverfassung verankern will, sind daher genauso willkommen und notwendig wie das durchaus selbstkritische, durchaus demütige und dankbare Erinnern an die historischen Errungenschaften der Schweizer Neutralität.



Miro Barp
Einwohnerrat und Grossrat
Leiter Sicherheitsdienst einer Psychiatrischen Klinik
VRP MRC Getränke AG

“ Wenn wir in der Schweiz unsere Lebensqualität erhalten wollen, geht an der Kontrolle der Zuwanderung kein Weg vorbei.

Bürgerliche Lebensqualität statt linker Dichtestress

«Im Kanton Aargau könnten 2050 schon eine Million Menschen wohnen», titelt die Aargauer Zeitung einen Artikel in ihrer Ausgabe vom 11.06.2024. Ohne Gegenmassnahmen wird diese Prognose tatsächlich zutreffen. 2023 stieg die Aargauer Bevölkerung ungefähr so viel, wie die Stadt Brugg Einwohnerinnen und Einwohner hat!

Die Bevölkerungsexplosion senkt unsere Lebensqualität

Die Folgen dieses ungebremsten Wachstums spüren wir Tag für Tag. Die Strassen sind verstopft, die Züge überfüllt, die Wohnungen werden teurer, wir kommen nicht mehr nach mit dem Bauen neuer Schulhäuser, Grünflächen verschwinden, die Schweiz wird mehr und mehr zu einer gesichtslosen, grauen Agglomeration.

Treiber des Wachstums sind nicht wir Einheimische, denn die Geburtenzahl ist im Kanton Aargau im Jahre 2023 gegenüber dem Vorjahr um 8.6% gesunken. Somit ist es die ungebremste Zuwanderung, die zur Überbevölkerung unseres schönen Landes führt und unsere Lebensqualität senkt. In vielen Schulklassen und Kindergärten gehören die Schweizer Kinder mittlerweile zur Minderheit und müssen in der Pause geradezu nach einem «Gschpändli» suchen, mit dem sie Schweizerdeutsch sprechen können.

Widersprüchliche linke Konzepte

Die SP verlangt in der oben zitierten AZ-Ausgabe eine «klare Strategie», um dieses Wachstum «proaktiv zu meistern». Dies soll erst noch ökologisch geschehen. Wie eine derartige «klare» Strategie aussehen soll, bleibt natürlich unklar. Somit bleibt auch offen, ob dahinter Naivität oder bewusste Irreführung sozial denkender, aber unbedachter Menschen steckt. Jedenfalls besteht der Eindruck, dass das rasante Bevölkerungswachstum in den Augen der SP unabwendbar oder gar gottgewollt sei. Dabei verstricken sich die Vertreterinnen und Vertreter der linksgrünen

Parteien einmal mehr in Widersprüche, indem sie gleichzeitig eine Verkleinerung unseres ökologischen Fussabdrucks fordern und eine Massenzuwanderung fördern. Als ob unserer Umwelt geholfen wäre, wenn wir den ökologischen Fussabdruck halbieren und gleichzeitig die Zahl der Füsse verdoppeln.

Probleme lösen, statt auf unsere Kinder abschieben

Wohin das exponentielle Bevölkerungswachstum durch ungebremste Immigration führt, sehen wir in den europäischen Ländern, welche es verpasst haben, die Einwanderung zu steuern. In Schwedens Vorstädten und in gewissen deutschen Städten besteht bereits eine Parallelgesellschaft, in der Gewalt herrscht und die Regeln der Zivilgesellschaft nicht mehr durchgesetzt werden können. In einigen Vororten von Paris und nördlichen Quartieren von Marseille können sich sogar Polizeipatrouillen nicht mehr sicher fühlen. Ähnlichen Verhältnissen begegnen wir in Grossbritannien. Wohin wir uns auch wenden, ist die Strategie der Integration gescheitert, wenn die Zuwanderung ein gesundes Mass übersteigt.

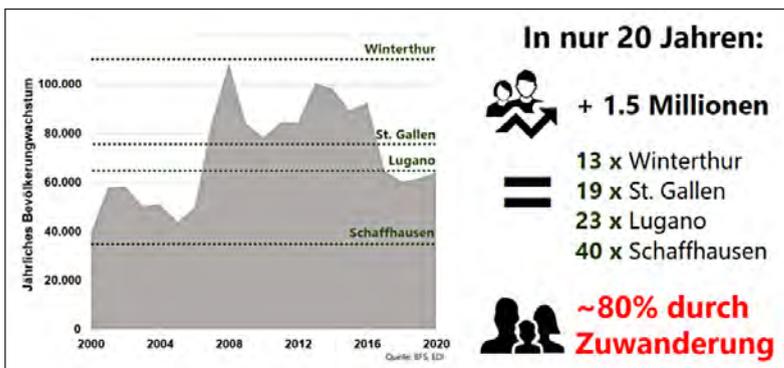
Einige geneigte Leserinnen und Leser werden nun einwenden, dass wir Immigration im bisherigen und noch grösseren Ausmass brauchen, weil wir Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr bereit seien, unsere pflegebedürftigen alten Menschen zu betreuen, unsere Räume zu reinigen und unsere Strassen zu bauen. Das stimmt – leider. Wenn wir dieses Problem mit Zuwanderung angehen, lösen wir es nicht, sondern verschieben es auf unsere Kinder und Kindeskinde. Denn auch immigrierte Menschen beanspruchen unser Gesundheitssystem, auch sie werden einmal alt und pflegebedürftig, so dass wir stets neue Arbeitskräfte aus immer noch fernerer Ländern holen müssen. Die stete Immigration mit Inkaufnahme eines grenzenlosen Bevölkerungswachstum führen zu einer nie endenden Spirale, bis der letzte Quadratmeter der Schweiz zubetoniert ist, bestenfalls bis auf eine «ökologische Ausgleichsfläche» als Feigenblatt. Diese Ideologie ist ein Fehlkonstrukt und zum Scheitern verurteilt.

Einwanderung: Qualität vor Quantität

Wir werden auf Dauer nicht umhinkommen, produktive Arbeiten wieder selbst zu erledigen. Das ist möglich, wenn wir mehr Pflegefachpersonal und mehr Berufsfachleute selbst ausbilden. Dafür sollen teure Stellen in der Verwaltung, in unnötigen Dienstleistungen und anderswo abgebaut werden.

Zuwanderung in die Schweiz

Quelle BFS, EDI



Wenn wir in der Schweiz unsere Lebensqualität erhalten wollen, geht an der Kontrolle der Zuwanderung kein Weg vorbei. Nur so verhindern wir ein ungebremses Bevölkerungswachstum, eine Zunahme der Hotspots von Gewalt, zum Beispiel an unseren Bahnhöfen, ausufernde soziale Probleme und überfüllte Gefängnisse. Viele Konflikte sind importiert, zum Beispiel durch Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen aus Eritrea, dem Maghreb, dem Balkan und der Türkei.

Dreh- und Angelpunkt einer Steuerung der Migration ist die Asylpolitik. Wir dürfen uns nicht scheuen, unsere Grenzen wieder zu kontrollieren und für bestimmte Länder die Visumpflicht einzuführen. Wenn wir uns schon Quotenregelungen für Frauen und «Queers» leisten, wäre dies auch für Personen mit Migrationshintergrund zu diskutieren. Viele Länder orientieren ihre Einwanderungspolitik an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Was hindert uns eigentlich daran, dies ebenfalls zu tun?



Christoph Hagenbuch, Grossrat SVP, Oberlunkofen

Wir stehen am Abgrund, schreiten wir vorwärts!

Das fasst die Ergebnisse der Budgetdebatten der vergangenen Jahre im Grossen Rat leider sehr treffend zusammen. Auch im vergangenen Jahr hatte der Grosse Rat nicht die Kraft, das seit Jahren bestehende strukturelle Defizit in den Kantonsfinanzen zu beseitigen. Im Gegenteil, es wurden munter Geschenke verteilt wie die Lohnerhöhungen für kantonale Mitarbeiter und Lehrer von insgesamt 3.15% respektive 3.3%. Von solchen Lohnerhöhungen können die meisten Arbeitnehmenden in der Privatwirtschaft nur träumen! Und der Regierungsrat mischt da gerne mit, immerhin beantragte er rund 100 zusätzliche Stellen auf das Jahr 2024. Ich frage mich, wo da die Effizienzgewinne bleiben, welche uns anlässlich diverser teurer Digitalisierungsvorgaben in den vergangenen Jahren versprochen worden sind?

Schuldenabbau nur dank ausserordentlichen Erträgen möglich

Tatsache ist, dass der Schuldenabbau der vergangenen Jahren nur dank ausserordentlichen Erträgen wie z.B. aus dem interkantonalen Finanzausgleich oder den Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank auf der Einnahmenseite möglich geworden ist. Auf der Ausgabenseite kommen die vom Grossen Rat leider bewilligte Umgehung der Schuldenbremse bei Immobiliengrossvorhaben sowie aufgeschobene Neu- und Erhaltungsinvestitionen an der kantonseigenen baulichen Infrastruktur in der vergangenen Dekade dazu.

Heuer ist Grossratswahljahr, weshalb hüben wie drüben Grossratskandidaten gesunde Staatsfinanzen und hohe Ausgabendisziplin als persönliche finanzpolitische Ziele im Falle einer Wahl verkünden werden. Fragen Sie diese Kandidaten doch einmal, was sie unter ihrem Versprechen verstehen! Die Realität im Ratssaal sieht nämlich anders aus: Die Mehrheit des Grossen Rates hat in den vergangenen Jahren den Anträgen der SVP-EDU Fraktion für gesunde Kantonsfinanzen in aller Regel keine Folge geleistet.

Warum ist das so?

1. Sparmassnahmen sind grundsätzlich unangenehm. Mehr Geld auszugeben ist bequemer als sparen.
2. Kaum jemand kann so einfach heutige Schulden in die Zukunft abwälzen wie der Kanton Aargau. Das verleitet viele Politiker dazu, die Lösung heutiger Probleme zukünftigen Generationen zu überlassen.
3. Wenn einem privat das Geld ausgeht, wird die Kreditkarte subito gesperrt. Wenn der Kanton rote Zahlen schreibt und auf Pump lebt, dann merkt der Bürger das nicht direkt.
4. Dazu kommt die Obrigkeitgläubigkeit vieler Menschen. In den Kommissionssitzungen sitzen den gewählten Politikern vermeintlich unfehlbare Verwaltungsangestellte gegenüber. Und diese begründen ihre Abweichung von einer nachhaltigen Finanzpolitik mit Schlagworten und Worthülsen wie «Überbrückungsfinanzierung», «Spezialfinanzierung Sonderlasten», «Reformvorhaben Immobilien», «Sauerstoff zuführen» und viele mehr.

Die Folge ist, dass seit dem Jahr 2017 die Kantonsausgaben von 5.2 auf 6.4 Milliarden angewachsen sind. Ein Anstieg von fast 25% in weniger als 10 Jahren! Die Anzahl Staatsangestellte ist im selben Zeitraum um knapp 12% auf 13'521 angestiegen. Die Wohnbevölkerung ist im selben Zeitraum übrigens «nur» um 7.5% angewachsen. Logischerweise steigt so die Staatsquote (Staatsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung) und strukturelle Defizite lassen sich so nicht ausgleichen. Darum ist der Aargau nach wie vor auf ausserordentliche Erträge wie die knapp 500 Millionen aus dem nationalen Finanzausgleich und Gewinnausschüttungen der Nationalbank angewiesen. Ohne diese Geldsegen schreiben wir tiefrote Zahlen. Das ist nicht nachhaltig und gegenüber nachfolgenden Generationen auch nicht fair.

Wahltag ist Zahntag

Was können Sie gegen das exorbitante Ausgabenwachstum unternehmen? Ganz einfach: Im Herbst sind Wahlen. Sie haben es in der Hand, nur wählen nützt und das Budget des Kantons Aargau benötigt zwingend mehr echte bürgerliche Vertreter im Grossen Rat. Ich persönlich hoffe zudem auf das Rückbesinnen auf bürgerliche Grundwerte bei den anderen Parteien. Sicher bei der FDP, aber auch bei GLP und der Mitte besteht da noch Hoffnung.

Fairer Wettbewerb – für eine liberale Schweiz



Dr. Adrian Schoop, Unternehmer,
Gemeindeammann, Grossrat FDP,
Turgi

Staatliche und staatsnahe Betriebe dringen immer häufiger in private Märkte ein. Damit konkurrenzieren sie private Unternehmen – mit ungleich langen Spiessen. Die Politik muss hier für Transparenz und klar Regeln sorgen. Im Grossen Rat habe ich deshalb eine überparteilich abgestützte Motion eingereicht.

Die Post bietet Krankenversicherungen an und verkauft Bleistifte. Die Swisscom entwirft Luxuskleider und expandiert nach Italien. Die AEG Energie AG vermietet Elektroautos im Carsharing-Bereich. Stadtwerke schrauben Glühbirnen ein. Und Stadtgärtnereien pflanzen in Ihrem Garten Blumen. Das sind nur ein paar Beispiele, wie und wo staatliche und staatsnahe Betriebe in private Märkte eindringen.

Vielen Bürgern und Konsumenten fällt das vielleicht gar nicht gross auf. Manche finden es sogar praktisch, wenn man in der Postfiliale auch gleich noch shoppen kann. Dabei sind sie sich allerdings der Risiken und Nebenwirkungen dieser grenzwertigen Geschäftstätigkeiten nicht bewusst.

Wettbewerbsvorteil – auf Kosten der Steuerzahler

Aus staats- und wettbewerbsrechtlicher Sicht ist die Expansion in private Märkte jedoch oft problematisch. Denn die staatlichen/staatsnahen Betrieben nutzen vielfach einen Wettbewerbsvorteil. Ein Grossbetrieb wie die Post hat nicht nur schier unbegrenzte finanzielle Mittel, die es ihm erlauben, private Konkurrenten aufzukaufen, sondern er hat auch die Steuerzahler im Rücken. Das unternehmerische Risiko tragen nicht die Manager, sondern letztlich Sie und ich.

Das führt zu ungleich langen Spiessen im Vergleich mit den Unternehmen der Privatwirtschaft. Staatsbetrieben ist es zwar nicht verboten, Geschäfte zu treiben. Sie sollten sich dabei aber an klare gesetzliche Leistungsaufträge halten und nicht ungehemmt in den Märkten herumwildern.

Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) unter dem Titel «Der Staat als Teilnehmer am Wettbewerb» zeigt auf, dass diesbezüglich in

der Schweiz grössere Lücken in der Gesetzgebung bestehen, um den Wettbewerb vor Wettbewerbsverzerrungen durch staatsnahe oder staatliche Unternehmen zu schützen. Die Studie betont, dass klare gesetzliche Rahmenbedingungen für den Markteintritt des Staates eine notwendige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit einer innovativen und attraktiven Volkswirtschaft darstellen. Besonders wichtig ist eine deutliche Abgrenzung zwischen den gesetzlich privilegierten Tätigkeiten und der Teilnahme am allgemeinen Wettbewerb durch einen Zweckartikel, um sicherzustellen, dass staatliche Unternehmen ihre Aufgaben nur im Rahmen ebendieser festgelegten Zwecke erfüllen.

Transparenz über Geldflüsse

Hinzu kommt: Wettbewerbsverzerrungen bleiben oft unerkannt, da es an notwendigen Informationen fehlt. Transparenzvorschriften, welche beispielsweise Kennzahlen, Geldflüsse und indirekte Finanzierungen offenlegen, schaffen hier Abhilfe, indem sie Kunden, Mitbewerber und Aufsichtsbehörden über staatliche Aktivitäten aufklären. Zudem zeigen solche Transparenzvorschriften auf, inwiefern versteckte Wettbewerbsverzerrungen durch Quersubventionierungen bei hybriden Tätigkeiten eines Staatsunternehmens verhindert werden können.

Um diese Ziele zu erreichen, habe ich im Grossen Rat des Kantons Aargau einen überparteilichen Vorstoss initiiert, an dem sich neben mir als Freisinnigem auch Parlamentarier der Mitte, der GLP und der SVP beteiligen. Damit beauftragen wir den Regierungsrat, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und anzupassen, sodass für jedes Unternehmen im kantonalen oder kommunalen Eigentum ein Zweckartikel eingeführt, Transparenzvorschriften erlassen und Compliance-Massnahmen ergriffen werden.

Nur so kann es gelingen, Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche oder staatsnahe Betriebe zu verhindern oder einzudämmen. Von einem fairen Wettbewerb profitieren wir alle, nicht zuletzt als Steuerzahler. Nur ein fairer Wettbewerb garantiert eine liberale Schweiz.

“ Staatsbetriebe sollten sich an klare gesetzliche Leistungsaufträge halten und nicht ungehemmt in den Märkten herumwildern.



Einladung

zur Mitgliederversammlung

Mittwoch, 20. November 2024
18.00 Uhr
Gasthof Ochsen, Lupfig

Traktanden

- Begrüssung
- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 7.9.2023
- Tätigkeitsbericht 2023
- Jahresrechnung 2023
- Bericht der Revisionsstelle für das Jahr 2023
- Entlastung des Präsidiums und der Vorstandsmitglieder
- Wahl der Revisionsstelle, Antrag: Wiederwahl der thv AG, Aarau
- Bestätigung der Wahl des Co-Präsidiums, gem. Art. 23, Abs. 3 der Statuten
- Verschiedenes:
Aktivitäten
Mitgliederwerbung
Umfrage

**Bitte Jahresbeitrag
ein zahlen und Spenden
nicht vergessen!**

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

PERSPECTIVE CH Telefon 056 464 28 49
Postfach 2553 info@perspective-ch.ch
5001 Aarau www.perspective-ch.ch

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH

Bitte Talon einsenden oder Anmeldung per Mail mit den untenstehenden Angaben.

Name, Vorname _____

Genauere Anschrift _____

PLZ/Ort _____

Beruf, Stellung _____

Politische Mandate _____

Jahresbeiträge

- Privatpersonen Fr. 50.–
- Juristische Personen Fr. 100.–
Firmen, Verbände, ...
- Gönner ab Fr. 200.–

Spenden willkommen!

Bankverbindung:
Credit Suisse (Schweiz) AG
8070 Zürich
IBAN: CH55 0483 5052 9798 8100 0

Öffentliche Veranstaltung



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Mittwoch, 20. November 2024

20.00 Uhr,

Gasthof Ochsen, Lupfig

Verhältnis

Schweiz – EU

Aktueller Stand – wie weiter?

Dr. Beat Kappeler

Ökonom, Publizist

**Das Verhältnis Schweiz – EU
aus Sicht eines weltweit tätigen
Schweizer Unternehmers**

Dr. Hans-Jörg Bertschi

Unternehmer, Vizepräsident Perspective CH

Mitgliederversammlung um 18.00 Uhr